

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1932**

121 (27.5.1932)

# Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt

Amtsblatt für Stadt und Bezirk Ettlingen mit den neuesten Handels-Nachrichten

Verlag: Buch- und Steindruckerei A. Barth, Ettlingen  
Kronenstr. 26, Fernruf 78. Postkassent. 1181 Karlsruhe  
Verantwortlich für den politischen Teil Erich Pabel-Rastatt  
für den lokalen und literarischen Teil A. Barth, Ettlingen  
Druck: A. & S. Greiser, G.m.b.H., Rastatt, Kaiserstr. 40-42  
Schluß der Anzeigenannahme: 9 Uhr. dringende Anz. 10 Uhr

Bezugspreis durch die Post monatlich 1,60 M., auswärts von  
gebühren oder durch Träger frei ins Haus pro Monat 1,80 M.  
Einzelnummer 10 Pf. Im Falle höherer Gewalt hat der  
Bezieher keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter  
oder Nichterhalten der Zeitung. Abbestellungen können nur  
bis 26. des Mts. auf den Monatsletzten angenommen werden

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe 2 Goldpfennig. Sammel-  
anzeigen 10 Goldpfennig. Reklame-Anzeigen 25 Goldpfennig  
Beilagen: Das Tausend 10 Goldmark. Bei Wiederholung  
Rabat, der bei Nichterhalten des Zieles, bei gerichtlicher  
Betreibung und Konturven wegfällt. Für Platzvorkauf und  
Tag der Aufnahme kann keine Garantie übernommen werden

Nummer 121

Freitag, den 27. Mai 1932

Jahrgang 70

## Blutige Präsidentenwahl

Große Saalschlacht im Preussischen Landtag — 200 Abgeordnete an der Schlägerei beteiligt — Einmischung der Polizei „nicht erwünscht“

### Das Präsidium gewählt

Berlin, 27. Mai. Der Aeltestenrat des Preussischen Landtags verhandelte am Mittwoch vormittag über die Wahl des Landtagspräsidiums. Nachdem der Führer der nationalsozialistischen Fraktion erklärt hatte, daß sich die Nationalsozialisten bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten, des Abgeordneten Wittmaack (SPD) der Stimme enthalten, als zweiten Vizepräsidenten den Abgeordneten Baumhoff (Ztr.) und als dritten Vizepräsidenten Dr. von Kries (Dnall.) wählen würden, führte der stellvertretende Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Steger, aus, daß das Zentrum sich ebenfalls nach der Stärke der Fraktionen richten würde.

Die Sozialdemokraten zogen daraufhin die Kandidatur Wittmaacks für den 1. Vizepräsidenten zurück und kündigten an, daß sie sich bei der Wahl des nationalsozialistischen Abg. Kroll der Stimme enthalten würden.

In der Sitzung des Landtags wurden dann auch gewählt: zum Präsidenten: Abg. Kroll (Natsoz.) mit 262 Stim., zum 1. Vizepräsidenten: Abg. Wittmaack (Soz.) mit 167 St., zum 2. Vizepräsidenten: Abg. Baumhoff (Ztr.) mit 354 St., zum 3. Vizepräsidenten: Abg. Kries (Dnall.) mit 254 St.

Gatten sich die Abstimmungen in parlamentarischer Ordnung abgepielt, so kam jetzt die Erregung zum Durchbruch, als die Kommunisten scharfe Angriffe gegen die Nationalsozialisten richteten. Als schließlich der Kommunist Pief den Nationalsozialisten zurief, daß in ihren Reihen Mörder lägen, entstand eine ungeheure Schlägerei. Die Nationalsozialisten führten die Kommunisten und prügelten sie buchstäblich zum Saal hinaus, wobei es mehrere Verletzte gab. Die Nationalsozialisten stimmten dann das Lied „Marschier“ an, das von der Tribüne mitgesungen wurde. Der Vizepräsident und die Abgeordneten der übrigen Parteien hatten inzwischen den Saal verlassen.

Die Saalschlacht spielte sich folgendermaßen ab:

Während der Rede des kommunistischen Fraktionsführers Pief hatte dieser den Nationalsozialisten zugerufen: „In ihren Reihen liegt eine ungeheure Zahl von Mördern.“ Darauf drängten die Nationalsozialisten nach vorn. Die Kommunisten stürmten auf die Rednertribüne zu, umgeben schüßend ihren Redner und stießen wilde Drohungen gegen die Nationalsozialisten aus. Die Nationalsozialisten drängten jetzt auf die Treppe zur Rednertribüne. Als der Abg. Pief (Nat. Soz.) die oberste Stufe erreicht hatte, erhielt er von einem kommunistischen Abg. einen Schlag ins Gesicht. Im selben Augenblick flog das Intensiv vom Platz des Präsidenten in die Nationalsozialisten. Es entstand eine wilde Schlägerei. Sessel flogen durch die Luft und die Lampen am Szenographentisch wurden zertrümmert. Die Abgeordneten hieben wütend aufeinander ein. Die Kommunisten wurden von den Nationalsozialisten buchstäblich aus dem Saale getrieben. Es gab anscheinend mehrere Verletzte. Man sah u. a. einen Abgeordneten, der von fünf anderen Abgeordneten aus dem Saale hinausgetragen wurde. Die Nationalsozialisten stimmten dann das Lied „Marschier“ an. Von der Tribüne herab stimmten Zuschauer in das Lied ein. Die Abgeordneten der anderen Parteien hatten inzwischen den Saal verlassen.

Der Sitzungssaal bot nach der Schlägerei einen trübsamen Anblick. Schwere Ledersessel, zerbrochene Lampen und ein Zohnwaben von Papier, Abstimmungskarten und was sich sonst in den herausgeräumten Rängen der Arbeitsplätze der Abgeordneten vorgefunden hatte, lag besonders um den kommunistischen Sektor herum auf dem Boden. Man konnte von dem Eingang der Kommunisten auf der linken Seite des Saales her kaum den Sitzungssaal betreten und mußte erst mühsam über die Reste des Mobiliars hinwegklettern.

In den Wandelgängen herrschte eine außerordentlich starke Erregung, die auch das Publikum ergriff, das sich auf den Wandelgängen des Tribünenhauses verammelte, wo es beinahe zu einer Zersplitterung der Schlägerei gekommen wäre, wenn die Beamten des Hauses nicht eingegriffen hätten. Unten im Saalgeschoß, wo die Abgeordneten beisammen standen und aufgeregt debattierten, bemüht sich die Fraktionsführer, ihre Fraktionsgenossen zu Fraktionsstimmungen zusammenzubekommen. Es wurde inwäsend bekannt, daß bei der Schlacht vor allem einige kommunistische und sozialdemokratische Abgeordnete nicht unerheblich verletzt worden sind. Der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Fraktion, Abg. Jürgen, mußte bewußtlos aus dem Sitzungssaale getragen werden. Die kommunistischen Abgeordneten Krämer-Oberschneweide, Kunz und Golke sind ebenfalls verletzt. Hauptächlich gab es Kopfwunden. Eine leichtere Verletzung erlitt der nationalsozialistische Abgeordnete Wehner-Dippenhusen.

Weiter sollen übrigens noch die Kommunisten Kramer-Miersdorf und Maduna verletzt worden sein. Auch der Landtagsstenograph Ahrensberg hat eine Verletzung im Gesicht erlitten.

Einige Minuten nach dem Zusammenstoß erschienen der Kommunist Krämer-Oberschneweide mit stark verbundenem

Kopf wieder im Sitzungssaal. Das Blut der frischen Kopfwunde lief durch den Notverband hindurch über sein Gesicht. Er räumte seinen Arbeitsplatz und rief dabei einigen Nationalsozialisten, die sich noch im Sitzungssaal aufhielten, zu: „20 für einen, Ihr Hunde, das sollt Ihr noch bezahlen!“

Die Beamten des Hauses mußten bei Besichtigung des Kampffeldes feststellen, daß dem Landtag ein sehr erheblicher Sachschaden entstanden ist. Zum Teil sind auch die Polster der Sitzplätze der Abgeordneten heruntergerissen worden, so daß die Rohhaarfüllung herausfällt.

Der Abg. Dr. Weiser (Ztr.), trat im Rheinland, bemühte sich sofort um die Verletzten und legte ihnen Verbände an. Der Sozialdemokrat Jürgen mußte genötigt werden, da ihm die eine Gesichtshälfte aufgerissen worden ist. Er wurde ins Krankenhaus abbracht.

Die Schlägerei ist beispiellos in der Geschichte deutscher Parlamente. Es sind zwar im Landtag in den letzten Jahren schon mehrfach Schlägereien vorgekommen, bei denen es auch Verletzte gegeben hat. Heute aber kam es zu einer förmlichen Schlacht, bei der reichlich

200 Abgeordnete mit allen erreichbaren Gegenständen aufeinander einschlugen.

Nach den bisherigen Feststellungen haben fünf Abgeordnete erhebliche Verletzungen davongetragen.

Der Aeltestenrat trat sofort nach der gewaltigen Verletzung der Sitzung zusammen, um sich über die gegen die schuldigen Abgeordneten zu ergreifenden Maßnahmen schlüssig zu werden. Die verlesenen Nationalsozialisten und Kommunisten erklärten, daß ihnen an der Klärung der Schuldfrage nicht gelegen sei, und daß sie ein Eingreifen der Polizei nicht wünschten. Die Sozialdemokraten erklärten dagegen, daß sie sich angesichts der Verletzungen des Abg. Jürgen und des ganzen Tatbestandes nicht damit abfinden könnten, daß die Beteiligten erklären, sie seien ohne weiteres Interesse. Eine ähnliche Erklärung wurde vom Zentrum abgegeben. Beschlüsse wurden im Aeltestenrat nicht gefaßt. Die nächste Vollversammlung des Landtages findet am 1. Juni, 14 Uhr, statt. Am Vormittag des gleichen Tages wird der Aeltestenrat zusammentreten.

### Bildung eines sozialpolitischen Ausschusses

Berlin, 27. Mai. Der Aeltestenrat des Preussischen Landtages hat am Mittwoch auf Anregung der Nationalsozialisten die Bildung eines sozialpolitischen Ausschusses beschlossen. Ein solcher Ausschuss hat in den letzten Wahl-

### In wenigen Worten

Ministerpräsident Macdonald hatte am Mittwochabend ein längeres Telefongespräch mit Washington. Es wurden verschiedene Fragen besprochen, insbesondere solche wirtschaftlicher Natur.

In allen größeren Städten Chinas ist ein Generalfstreif der Postbeamten ausgebrochen, dem sich die Postarbeiter von Kanton und Hankau wahrscheinlich anschließen werden. Wie verlautet, verlangen die Streikenden Besserung ihrer Lage.

Die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft ist durch Unterschlagung um rund 200 000 Mark geschädigt worden. Die Ermittlungen sind noch im Gange. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Sowohl die Amerikaner als auch die Japaner haben sich gegenüber dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz dafür ausgesprochen, die Konferenzarbeiten ohne Sommerpause ununterbrochen bis zur Erreichung praktischer Ergebnisse durchzuführen.

perioden nicht bestanden. Es ist daran gedacht, diesem Ausschuss in der Hauptsache Arbeitsbeschaffungsfragen zur Vorberatung zu überweisen.

Die Mitgliederzahl des Rechtsausschusses, die bisher 21 betrug, ist vom Aeltestenrat gleichfalls auf nationalsozialistische Anregung hin auf 29 erhöht worden. Damit ist die Mitgliederzahl dieses Ausschusses der der meisten übrigen Ausschüsse angepaßt. Die Nationalsozialisten sind dadurch statt mit 8 mit 11 Mitgliedern im Rechtsausschuss vertreten.

### Eine Erklärung der Nationalsozialisten

Berlin, 27. Mai. Die nationalsozialistische Fraktion gibt zu den Vorgängen eine längere Erklärung heraus, in der es u. a. heißt:

Die kommunistische Partei hatte es offenbar, wie das schon die Sitzung am Dienstag unter Lohmann bewies, auf eine bewusste Provokation der nationalsozialistischen Fraktion abgesehen. Der ehrwürdige 83-jährige General wurde mit beschimpfenden Zurufen: „Alter Trottel“, „Kriegsflüchtling“, „Nazischwein“ bedacht. Da die kommunistische Fraktion mit ihren Anpöbelungen nicht zum gewünschten Ziele kam, versuchte sie es auf andere Weise und reizte ihre Herausforderungen derart, daß sie zusammen mit prominenten Mitgliedern der SPD während der Debatte über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der preussischen Polizei- und Rechtsplegemethoden ein hervorragendes Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion, den Oberleutnant Schulz, als Mörder bezeichnete, ohne daß der amtierende Präsident Baumhoff (Ztr.) wohl infolge Unkenntnis der Namen der betreffenden Abgeordneten eingreifen konnte. Der Kommunist Pief versetzte sich in seinen Beleidigungen soweit, daß er die nationalsozialistische Bewegung als „Mörderpartei“ bezeichnete.

Es folgt dann eine Darstellung der bekannten Vorgänge.

## Reichstag nächste Woche?

Der Aeltestenrat des Reichstages ist für Dienstag, den 31. Mai, 17 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Frage der Einberufung des Reichstages.

### Steuerausschuss des Reichstages

Die Wirkung der Steueramnestie — 2093 Mill. RM. Vermögenswerte angemeldet.

Berlin, 27. Mai. Der Steuerausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit Anträgen zur Kapital- und Steuerflucht. Ministerialdirektor Dr. Jarden vom Reichsfinanzministerium teilte mit, daß infolge der Steueramnestie des Vorjahres 2093 Millionen RM. bisher hinterzogene Vermögenswerte den Steuerbehörden angegeben worden seien. Daneben seien nicht unerhebliche Beträge ohne direkte Angaben deklariert worden. Von den 2093 Millionen entfielen 898 Mill. Mark auf ausländische Verteilungen, 170 Familienstiftungen hätten 48 Mill. Mark Vermögenswerte angegeben. An Einkommen seien 132 Mill. Mark für das Jahr 1930 nachträglich angemeldet worden. Die mit der Amnestie verbundene Reichsanleihe habe bis zum 23. Mai ein Zeichnungsergebnis von 248 Mill. M. aufzuweisen. Man könne annehmen, daß der größte Teil des angezeichneten Betrages unter die Amnestie falle.

Erschöpfendes Material über die Reichsfluchtsteuer liege noch nicht vor. In Berlin habe es 126 Fälle gegeben, für die die Bestimmungen der Reichsfluchtsteuer Geltung erlangt hätten. In 51 Fällen sei die Reichsfluchtsteuer festgesetzt worden, in 47 Fällen seien die Kapitalfluchtlinge zurückgeführt. Im ganzen Reich seien bisher 10 Steuerfluchtbriefe erlassen worden. Die Kapitalflucht sei weniger geworden; man könne auch annehmen, daß ausländisches Kapital in nicht geringem Umfang inzwischen wieder der inländischen Verwendung zugeführt worden sei.

Da die vorliegenden Anträge durch die gesetzgeberischen Maßnahmen im wesentlichen überholt waren, zogen die Sozialdemokraten ihre Anträge zurück, während die nationalsozialistischen und kommunistischen Anträge abgelehnt wurden.

Der Ausschuss befaßte sich dann mit einem Antrag auf allgemeines Verbot der Kopfsteuer.

Die Vertreter aller Parteien, die das Wort ergriffen, erklärten, daß sie sich mit der Vorkopfsteuer in ihrer gegenwärtigen Form und Wirkung in keiner Weise befremden könnten. Die Ansprache über die Kopfsteuer soll am Dienstag in Anwesenheit des Reichsfinanzministers fortgeführt werden. Der Minister hatte mitteilen lassen, daß bis dahin das Kabinett entscheidende Beschlüsse über die Weitererhebung der Bürgersteuer nicht fassen würde.

### Beschlüsse des Reichsrates

Berlin, 27. Mai. Der Reichsrat stimmte in seiner Vollversammlung am Mittwoch einer Neufassung der Ausführungsverordnung zum Kriegspersonenschädengesetz zu, die auf eine Reihe seit 1922 erfolgter Gesetzesänderungen, Änderungen in der Auslegung und wichtige gerichtliche Entscheidungen Rücksicht nimmt. Weiter nahm der Reichsrat die Annahme des Gesetzes über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten durch den Reichstag ohne Einspruch zur Kenntnis. Das Gesetz gibt im Falle der Verheiratung diesen Beamten, aber auch der Dienstbehörde das Recht zu unbeschränkter Kündigung des Dienstverhältnisses. Für die Behörde ist das Kündigungsrecht an die Voraussetzung geknüpft, daß die Verheiratung der auscheidenden Beamtin gefährlich ist. Die Auscheidende erhält eine Abfindung.

# Beschäftigungssteuer 1,5 vom Hundert

## Protest der Beamten

Berlin, 27. Mai. Die ursprünglichen Pläne des Kabinetts über die Sozialversicherung und die Arbeitsbeschaffung scheinen inzwischen einige Änderungen erfahren zu haben. Bei der Arbeitslosenversicherung dürfte es bei der Kürzung der Unterhaltungsdauer von 20 auf 18 Wochen bleiben. Die Verlängerung der Krisenfürsorge um 7 Wochen auf 45 Wochen wollte das Kabinett zuerst nicht durchführen. Es entschied sich aber schließlich doch dafür, die Verlängerung beizubehalten. In Erwägung gezogen wurde ferner, die Bedürftigkeitsprüfung für die Wohlfahrtsverbandsfürsorge auf die Arbeitsämter zu übertragen. Ob es zu dieser Neuregelung kommt, ist noch zweifelhaft. Der freiwillige Arbeitsdienst soll auf alle Jugendlichen bis zu 25 Jahren, und zwar auf sämtliche Berufe einschließlich Akademiker und Abiturienten ausgedehnt werden. Eine der Hauptbeschäftigungsarten des Arbeitsdienstes wird die Siedlungsarbeit werden.

Ueber die Frage der Arbeitszeitverkürzung sind die Beiräte noch nicht abgeklärt. Die Forderung der freien Gewerkschaften, eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit und einen Einstellungsstopp herbeizuführen, wird vom Kabinett als unüberwindlich bezeichnet.

Die Frage der Finanzierung hat im allgemeinen keine Änderungen erfahren. Es soll jedoch in Erwägung gezogen werden, die Beschäftigungssteuer in Höhe von 1,5 v. H. von allen Arbeitnehmern ohne Unterschied des Einkommens zu erheben. An zuständiger Stelle konnte aber über diesen letzten Punkt nichts erfahren werden.

# Telegramm des Reichsbundes der höheren Beamten an den Reichspräsidenten

Berlin, 27. Mai. Der Reichsbund der höheren Beamten hat folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten in Neudorf (Spreewald) gerichtet:

„Nach den bisherigen Pressemeldungen sollen die durch die Notverordnung auferlegenden Mehrleistungen den Charakter einer Sonderabgabe tragen, deren Verwirklichung im Widerspruch stehen würde zu den vor der Reichspräsidentenwahl und den Wählerwahlen mehrfach abgegebenen Erklärungen leitender Staatsmänner. Dazu greift unter Ausnutzung der Ermächtigung der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 24. August 1931 steigende Willkür in der Auszahlung der gesetzlich festgelegten Beamtenbezüge in Ländern und Gemeinden um sich. Auch werden weitestgehende Kürzungspläne in Länder- und Staatsparlamenten vorbereitet und auch zur Annahme gebracht, die eine Aufhebung des Leistungsprinzips bedeuten.“

In der Erkenntnis, daß das Staatsganze unabsehbaren Schaden erleiden muß, wenn Grundgesetze deutscher Staatsauffassung, wie Glauben an Recht und Gesetz, Vertragstreue, Wertung der Leistung und Vertrauen in das Wort leitender Staatsmänner erschüttert werden, halten sich die höheren Beamten verpflichtet, dem Herrn Reichspräsidenten noch vor der Unterzeichnung einer neuen Notverordnung ihre ernste Sorge ehrerbietig zum Ausdruck zu bringen.“

# Deutschland unterzeichnet die Schuld-scheine für das Hooverjahr

## Die Zurückzahlung der gestundeten Kriegsschulden an Amerika

Washington, 25. Mai. Das Schatzamt gibt bekannt, daß sich alle 16 Schuldnationen bereit erklärt haben, die Verpflichtung zur Nachzahlung der durch das Hoovermoratorium gestundeten Kriegsschuldenzahlungen in 10 Jahresraten mit vierprozentiger Verzinsung innerhalb von 14 Tagen zu unterschreiben. Die Verpflichtung ist recht illusorisch, weil sie die Wiederaufnahme der Tributzahlungen voraussetzt. Die Aussichten über die kommende Konferenz in Lausanne sind sehr pessimistisch. Man rechnet damit, daß die Konferenz keine endgültige Regelung der Tributfrage bringt, daß die europäischen Mächte vielmehr eine klare Stellung der Haltung Amerikas in der Kriegsschuldenfrage abwarten werden, die aber vor den amerikanischen Präsidentenwahlen unwahrscheinlich ist.

neuerdings die englische und die anderen beteiligten Regierungen aufgefordert, das Abkommen über die gestundeten Kriegsschuldenzahlungen zu unterzeichnen. Es handelte sich dabei um nichts anderes als um eine notwendige Formlichkeit, um dem Hoover-Vorschlag vom Juli 1931, betreffend die einjährige Aufschubung der Reparationen und Kriegsschulden, gesetzliche Wirkung zu erteilen. Der Abgeordnete Davison fragte den Außenminister, ob der Verlust von 11 Millionen Pfund, den England durch das Hoovermoratorium erlitten habe, in dem letzten Abkommen in Rechnung gezogen werde. Simon wiederholte darauf nur, daß es sich um keinerlei neues Abkommen handele.

New York, 27. Mai. Der deutsche Botschafter von Britz hat unterzeichnet im Schatzamt die Schuldenscheine für die durch das Hooverjahr gestundeten Beiträge in Höhe von 6 Millionen Dollar. Die Schulden sind innerhalb von zehn Jahren zurückzuzahlen.

Außer Deutschland unterzeichneten bisher noch Finnland und Griechenland. Auch die übrigen beteiligten Länder werden in den nächsten Tagen die Unterzeichnung vornehmen.

London, 27. Mai. Wie Außenminister Simon im Unterhaus mitteilte, ist der englische Botschafter in Washington angewiesen worden, das Abkommen zu unterzeichnen, das die Rückzahlung der durch das Hoovermoratorium gestundeten englischen Kriegsschuldenzahlungen an Amerika regelt. Anschließend bemerkte Simon, über das Abkommen herrschten erhebliche Mißverständnisse. Es beruhe keinerlei andächtige Fragen. Die amerikanische Regierung habe

# Telegramm der Deutschnationalen an den Reichspräsidenten

Berlin, 27. Mai. „Hochzuverehrender Herr Reichspräsident! Hochgebietender Herr Generalfeldmarschall! Namens der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei beehre ich mich, dem Herrn Reichspräsidenten nachstehendes zu unterbreiten:

Nachdem unter mißbräuchlicher Anwendung der Geschäftsordnung des Reichstags und entgegen den Vorschriften der Verfassung am 12. Mai d. J. eine Unterbrechung der Reichstagsverhandlungen stattgefunden hat und die Fortsetzung dieser Verhandlungen unterblieben ist, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion die Einberufung des Reichstags aufgrund des Artikels 24 der Reichsverfassung gefordert. Obwohl dieses Verlangen die Unterstützung anderer Fraktionen und damit von mehr als einem Drittel der Reichstagsmitglieder gefunden hat, hat der Reichspräsident die Einberufung des Reichstags abgelehnt. Weite Teile des deutschen Volkes erblicken in dieser Ablehnung, die sich mit der Auffassung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich (vergl. dessen Urteil v. 12. Februar 1932 in der verfassungsrechtlichen Streitfrage der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtags gegen den Präsidenten des Preussischen Landtags) über die Bedeutung des Artikels 24 der Reichsverfassung in Frage, die Verfassung gewährleisteten Rechte heute in Deutschland nicht gesichert sind und daß anstelle des Reichstags heute die Willkür der politischen Mehrheit getreten ist. Die Vertretung des deutschen Volkes ist wiederum auf unabsehbare Zeit rechtswidrig ausgeschlossen und nicht in der Lage, zu den Plänen Stellung zu nehmen, die die Reichsregierung neuerlich verfolgt. Die Mitteilungen, die über die von der Regierung geplanten neuen Verordnungen der Öffentlichkeit zugeleitet wurden, lassen erkennen, daß die Reichsregierung entgegen den wiederholten feierlichen Erklärungen des Reichskanzlers und des Reichsministers der Finanzen dem deutschen Volke in allen seinen Schichten neue untragbare Lasten aufzulegen und damit die Lebenshaltung des deutschen Volkes weiter in verhängnisvollster Weise herabdrücken will. Auch der Landwirtschaft im Süden drohen nach unserer Kenntnis neue Gefahren durch Pläne der Reichsregierung, die eine große Zahl ostdeutscher Besitzer der Enteignung ohne Rechtschutz ausliefern würden.

Wir machen in aller Ehrerbietung darauf aufmerksam, daß solche Pläne, in die Zeit verlegt, in den breiten Volksmassen die schon vorhandene Verwirrung in einem Maße steigern müssen, daß sie sich unter Umständen in Formen Luft macht, die kein vaterlandsliebender Deutscher bei der jetzigen gescheiterten Lage wünschen kann. An Sie, hochzuverehrender Herr Reichspräsident, richten wir die eindringliche Bitte, bei dieser Lage der Dinge der Regierung die Verantwortung für derartige Maßnahmen nicht durch Unterzeichnung von Notverordnungen abzunehmen, sondern die Reichsregierung auf den Weg der Beschäftigung durch die gesetzgebenden Instanzen zu verweisen.

In größter Ehrerbietung  
gez. Dr. Koch, Reichsminister a. D., stellv. Fraktionsvor.

# Der Flug der „Do X“

Berlin, 27. Mai. Kapitän Christiansen, der Führer des Flugzeuges „Do X“ äußerte sich dem „Tempo“ gegenüber über den Flug von New York nach Berlin. Nach gründlicher Ueberholung wurde alles zum Start nach Neu-England fertig gemacht. Um unauffällig starten zu können, legten wir uns bei Long Island Sound zwischen die anderen Schiffe. Aber unsere amerikanischen Freunde hatten doch herausgefunden, daß der Start für den 19. Mai, morgens um 4.30 Uhr, angelegt war. Schon nach einer Minute und zehn Sekunden befanden wir uns in der Luft. Gleich zu Anfang fanden wir in sehr starken Nebel, so daß wir gezwungen waren „blind“ zu fliegen. Dann aber bekamen wir wunderbares klares Wetter. Wir überquerten 600-700 Meter hohe Berge und landeten dann in einer kleinen Inselbüsch, Dilton-Arm. Hier wurde Benzin „abumkert“. Die nächste Route war Hollywood (Neoren). Es gab dieselbe Luft und dicke Wolkenmassen, so daß wir nur in einer Höhe von 10 bis 20 Metern über dem Meer fliegen konnten. Nach 4 1/2 Stunden bekamen wir schönes Wetter und verhältnis-

mäßig guten Wind. Abends um 8.30 Uhr hatten wir die ersten Inseln der Azoren, Corvo und Floris, erreicht. In stockdunkler Nacht flogen wir weiter mit Kurs auf Horta. Nach ungefähr einer halben Stunde merkten wir, daß unsere Benzinvorräte knapp wurden. Mit tausenden Motoren gingen wir auf den Atlantischen Ozean nieder. Mit vier Motoren wurde auf Horta zugerollt und abumkert. Von Horta nach Vigo hatten wir wundervolles Wetter. Am nächsten Tag kam dann die letzte Etappe über den Atlantik in Richtung Southampton. In Calshot wurden wir während ausgenommen. Am nächsten Morgen traf Dr. Dornier mit seiner Frau ein und der Start nach Berlin konnte vor sich gehen. Um 10 Uhr war es soweit, daß wir trotz des schlechten Wetters starten konnten und nach 48 Sekunden erhoben wir uns schon vom Wasser. Die letzte Etappe nach Berlin war für uns das Schönste. Wir sind tollfroh, denn dieser Erfolg ist die größte Freude und größte Belohnung für die Detachment.



Peter Luz starrte Karel an. Entsetzt glitt sein Blick über den Freund. Wie hatten ihn die zwei Jahre, da sie einander nicht gesehen hatten, altern lassen? War dieser müde, in sich zusammengesunkene Mensch, der keinen Funken von Energie mehr verriet, der lebenslustige, immer fröhliche Karel Lundby, der Legationsrat der schwedischen Botschaft? Karel nickte müde. „Du findest mich sehr verändert, lieber Peter!“ sagte er bitter. „Ja... ich kenne dich kaum wieder! Hast du Unglück gehabt? Sage mir, was ist geschehen?“ „Du weizt noch nichts Peter? Hast du meine Briefe noch nicht erhalten?“ „Nein, das heißt, ich habe sie noch nicht gelesen. Zwei Jahre war ich in Afrika und habe in der Gluthölle geschmort. Bin heute erst zurückgekommen, wahrscheinlich ist die mir geordnete Post jetzt irgendwo in meiner Wohnung. Ich habe Berlin als Ziel angegeben. Was ist denn geschehen?“ „Gina ist fort“, sagte der blonde Schwede leise und senkte den Kopf. „Deine Frau hat dich verlassen?“ „Ja, sie ist von mir gegangen, mit dem Kinde!“ Peter Luz sah den Freund lange an. Er begriff nicht. Frau Gina, die in der Liebe zu ihrem Gatten und ihrem Kinde aufgegangen war, sie sollte Karel verlassen haben? Nein, das war nicht möglich; alles konnte er begreifen und glauben, aber das nicht.

„Gina hat dich verlassen, freiwillig verlassen? Karel, ich weiß in diesem Augenblick noch nicht das Geringste, was geschehen ist, aber das behaupte ich, freiwillig hat sie dich nicht verlassen.“

Müde entgegnete Karel: „Ich habe mir das auch hundertmal, tausendmal gesagt, habe es nicht glauben wollen, aber es muß doch wohl so sein. Ihr Abschiedsbrief ist so klar und eindeutig, daß es kaum möglich ist, daran zu zweifeln.“

„Erzähle mir alles, lieber, armer Junge.“ „Ach, es gibt wenig zu erzählen. Warte einen Augenblick, ich will Ginas Brief holen.“ Er erhob sich und verließ das Zimmer, um nach wenigen Augenblicken mit einem hellblauen Briefe zurückzukehren.

„Da lies, Peter.“ Peter Luz nahm den dargereichten Brief, der den Duft der Frau, die ihn einst geschrieben hatte, noch trug und las:

„Lieber Karel! Du bist Dein ganzes Leben so gut zu mir gewesen, und doch muß ich Dir heute so weh tun. Ich muß von dir gehen. Vielleicht hast Du es die letzten Monate auch gespürt, wie unsere Herzen auseinandergingen, wie das, was uns einst zusammenführte, erkaltete. Gieber Karel, ich liebe Dich nicht mehr und kann nicht länger an Deiner Seite leben. Ich gehe freiwillig, um mein Leben still mit Inge zu Ende zu führen. Grolle mir nicht. Einmal wird die Stunde kommen, da Du mich verstehst und freisprechen wirst. Habe Dank für alles, was Du mir Gutes getan hast und bitte Vater, daß er mir nicht grollt. Deine Gina.“

Peter sah auf. „Wann geschah es?“ „Vor genau dreizehn Monaten, Peter. Ich fand den Brief früh, als ich Gina in ihrem Zimmer aufsuchen wollte. Sie und das Kind waren weg. Ich habe zunächst nicht an die Möglichkeit glauben wollen, habe an Verbrechen und Entführung gedacht. Habe die Polizei benachrichtigt. In allen Wäldern habe ich Auftrufe erlassen, aber nirgends war eine Spur von ihr zu finden. Und meine Inge ist mit ihr gegangen.“

„Wie alt war das Kind?“ „Sechs Jahre, Peter. Unser Glück war unsere Inge. Mir ist, als sei um mich die Welt abgestorben, seit ich allein bin. Gätte ich nur die Gewißheit, da oder dort leben sie, leben in Frieden, vielleicht wäre dann ein Ueberwinden möglich, aber so ist es ein langames, qualvolles Zugrundegehen. Hier... nach drei Monaten kam noch ein Brief von ihr. Sie hat mich, nicht mehr nach ihr zu suchen, es ginge ihr wohl; Inge wäre gesund und es fehle an nichts. Lies den Brief noch.“

Peter folgte der Aufforderung. Dann fragte er: „Woher kam der Brief?“

„Er trug den Stempel Budapest. Ich habe dort nach ihr gesucht. Drei Wochen war ich selbst dort, ohne auch nur die kleinste Spur zu finden. Was sagst du jetzt zu allem, Peter? Mein Verstand will mich zwingen, daß ich glaube, sie ist freiwillig von mir gegangen; man weiß ja nie ganz, wie es in der Seele einer Frau aussieht. Aber mein Gefühl sträubt sich gegen die Annahme eines freiwilligen Verlassens, und wenn die Mächte kommen, und ich liege einsam, schlaflos, dann ist es mir immer, als riefte mich eine ferne Stimme, bitte um Hilfe. Ich weiß nicht mehr, was ich tun soll, rate du mir.“

Peter überlegte. Dann sagte er bestimmt: „Ich glaube niemals, daß Frau Gina dich freiwillig verlassen hat. Ich glaube, daß sie gezwungen wurde, daß ein Verbrechen vorliegt. Jetzt sehe ich eine Aufgabe vor mir, die mich schöner dünkt, als die Zeit mit Jagd und Abenteuer in aller Herren Länder totzuschlagen. Muß Karel! Wir werden sie suchen, und eher will ich verderben, als sie nicht finden!“

„Hast du Hoffnung, Peter? Wir haben schon alles versucht. Glaubst du wirklich, daß sie nicht freiwillig von mir ging?“

„Das glaube ich bestimmt! Jetzt Karel, sei so lieb und zeige mir eine Reihe Briefe, die Gina vor dem Abschiedsbrief geschrieben hat. Es können auch ganz belanglose Mitteilungen sein.“

(Fortsetzung folgt.)

### Vertrauen??

Undurchsichtiger denn je liegt die Zukunft Deutschlands vor uns. Die auf züchtliche Führung beruhende, ja spannende Öffentlichkeit wird immer wieder hingehalten und verdrängt. Da werden Chefbesprechungen und Kabinettsitzungen abgehalten, da werden neue Pläne, neue Entwürfe zur Erörterung gestellt. Das alles macht das an sich schon recht unklare Bild nur noch verwirrender. Aber nirgends geschieht etwas wirklich Durchgreifendes. Keins der großen Probleme, deren Lösung nun schon seit Monaten versprochen worden ist, hat das Reichskabinett zu erledigen verstanden. Eine großzügige Finanzreform der Einnahme ist seit Oktober verheißt worden. Ueber ein halbes Jahr ist seitdem vergangen; bürokratische Kompetenzstreitigkeiten zwischen zwei Ministerien haben bislang eine Verwirklichung der auf diesem Gebiet vorliegenden Pläne unmöglich gemacht. Zu einer umfassenden Arbeitsbeschaffung ist immer wieder angefangen worden, aber über bescheidene Anlässe ist man nicht hinausgekommen. Eine gründliche Reform der Arbeitslosenfürsorge ist allgemeine Forderung seit langer Zeit. In weiten Kreisen herrscht die Ueberzeugung, daß die Dreiteilung in Arbeitslosenversicherung, Arbeitsfürsorge und gemeindliche Wohlfahrtsfürsorge beseitigt werden müsse, und jetzt hören wir, daß der langen und langwierigen Erörterungen letzter Schluß ist, daß bei einigen schmerzlichen Verschlechterungen im wesentlichen alles beim alten bleiben soll. So reißt sich Enttäuschung an Enttäuschung, so folgt Ernüchterung auf Ernüchterung. So ist allmählich die Hoffnung, daß diese Regierung erfolgversprechende Auswege aus unserer drückenden Not zu erschließen vermöge, auch bei den unentwegten Brüningsanhängern auf den Kulpunkt gesunken.

Die schwerste Belastungsprobe wird aber der Öffentlichkeit durch die Ankündigung neuer Steuern zugemutet. Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen hätte bei der Bürgersteuer eigentlich von Ende Juni bis Ende Oktober eine Pause in der Erhebung eintreten müssen, die allgemein als Wohlthat empfunden worden wäre. Stattdessen soll die Bürgersteuer aber weitergeführt, ja möglicherweise in ihren Grundzügen noch erhöht werden. Die Gemeinden, die für die größten Massen von Erwerbslosen zu sorgen haben, werden sich also genötigt sehen, ihren steuerzahlenden Einwohnern auch weiterhin die höchsten zulässigen Bürgersteuern aufzubürsten. Das ist ein Steuerregime, das sich bei längerer Dauer einfach totlaufen muß. Aber damit noch nicht genug. Den Beamten und allen sonst Beschäftigten soll eine Beschäftigungssteuer auferlegt werden, die die übrigen Lohnempfänger sogar noch neben der Einkommensteuer zahlen müssen. Allen von dieser neuen Steuer Betroffenen wird damit zu ihren bisherigen Gehaltskürzungen noch eine weitere Beschränkung ihrer Einkünfte angeordnet. Die Reichsregierung will durch die auf diese Weise erzielten Mehreinkünfte den schwer bedrückten Gemeinden neue Mittel für die Wohlfahrtsarbeiten zur Verfügung stellen. Statt also sich der schwierigen Aufgabe eines Ersatzmittels bringenden Umbaus der ganzen Arbeitslosenfürsorge zu unterziehen, beschließt sich die Reichsregierung damit, einfach die Steuerlasten ein paarmal herumzudrehen.

Diese reichlich bequeme Umgehung größerer Schwierigkeiten nimmt sich auf dem Papier für die Reichsregierung vielleicht sehr gefällig aus. In ihrer menschlich-persönlichen Auswirkung aber wird sie von den verhängnisvollsten Folgen begleitet sein. Noch Mitte April wurde von offiziellen Beschäftigungsräten aufs allerbestimmteste bestritten, daß neue Belastungen der Beamten im Schilde geführt würden. Mitte Mai — die preussischen Landtagswahlen sind ja vorüber, also hat es keine Gefahr mehr — wird dagegen der Schleier schonungslos gelüftet, wird das bestrittene, was vier Wochen früher noch leibenshäftlich bestritten worden war. Glaubt die Reichsregierung, durch eine solche Taktik das Vertrauen der Massen zu gewinnen? Sagt sie sich nicht selbst, daß mit dieser Methode nicht nur das Vertrauen der Beamten erschüttert, daß über deren Kreise hinaus auch in den übrigen Volksschichten der härteste Zweifel an der Verantwortlichkeit ihrer Erklärungen erweckt wird? Auch daran sei erinnert, daß der Kanzler, der sich damit brüsst, keine Versprechungen gemacht zu haben, noch 1930 programmatisch sehr viele schöne Punkte, darunter auch Steuerentlastung verhandelt hat.

Von dem überwältigenden Vertrauensbeweis für die Person Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl fiel doch ein gewisser Abglanz auch auf das Kabinett Brüning. Weite Schichten der nichtmarxistischen Wähler des Feldmarschalls hegen die bestimmte Erwartung, daß sich der Reichskanzler nach dem Abschluß dieser Wahl nun mit aller Kraft auf die Reformarbeit im Innern stützen werde, deren Dringlichkeit von niemand bestritten werden konnte. Stattdessen erleben wir nutzloses Verdröbeln kostbarer Wochen, geheimnisvolles Versteckenspiel, vieldeutiges Zaudern, lähmende Nüchternheit und schließlich — neue Steuern! Für eine Regierungskunst mit so erbärmlich magerem Ergebnis hat das deutsche Bürgerum kein Verständnis. Wenn es noch eines letzten Beweises für die Notwendigkeit einer vollkommenen Reorganisation des Reichskabinetts bedürft hätte, hier ist er aufs bindigste erbracht.

Aber nicht nur auf innerpolitischem Gebiet hat sich Herr Dr. Brüning durch eigene Schuld um wertvolles Vertrauen ausgedehnt, er hat auch außenpolitisch durch seine neuen Steuerpläne keine Stellung maßlos erschüttert. Der Lantonsbericht vom August vorigen Jahres hatte anerkannt, daß die äußerste Belastungsgrenze mit Steuern in Deutschland erreicht sei. Jetzt werden dem deutschen Volk durch seine eigene Regierung doch neue Steuern auferlegt. Will da Herr Brüning auf der Reparationskonferenz in Lausanne noch die Unmöglichkeit weiterer Tributzahlungen mit dem erwarteten Nachdruck verfechten können, wenn er unmittelbar vor dieser wichtigen Tagung aus dem darbenenden deutschen Volk nochmals Millionen herausprecht? Mit seinem neuen Steuerprogramm hat der Reichskanzler die außenpolitische Linie, die er bisher in der Tributfrage eingehalten hatte, preisgegeben. Preisgegeben um innerpolitische Unbequemlichkeiten, die ihm die freien Gewerkschaften bereiten könnten, zu vermeiden. Preisgegeben, um sich die stillschweigende Unterstützung durch die Sozialdemokratie zu sichern.

Und das alles, gestützt auf ein Kabinett, aus dem wesentliche Glieder ausgebrochen sind, das auch in seinem Kumpfbestand in allen Fugen knackt! Glaubt Brüning immer noch, in einer solch verzweiflungsvollen Lage, die ungeheueren Schwierigkeiten meistern zu können, die sich ihm entgegenstürmen? Will er die notwendigen Entschlüsse, die unverzüglich zu fassen der Ernst der Stunde erfordert, immer wieder hinausschieben? Es wird doch wohl unermesslich sein, daß der Reichspräsident bald nach Berlin zurückkommt, um selbst die Forderung des Tages zu erfüllen.

### Weitere starke Entlastung der Reichsbank

Berlin, 27. Mai. Auch in der dritten Maiwoche hat die Entlastung der Reichsbank ihren Fortgang genommen, und zwar in verhärtetem Maße. Die gesamte Kapitalanlage hat sich um 22,4 auf 3255,0 Millionen RM. verringert. Die verhältnismäßig hohe Finanzprognose der Reichsbank zum Aprilultimo ist damit mehr als ausgeglichen. Die Entlastung entfällt ausschließlich auf Rückgang des Wechselbestandes um 21,5 Millionen auf 2797,3 Millionen RM. Der Notenumlauf sank um 19,7 auf 3789,3 Millionen RM. zurück. Der Bestand an Deckungsmaterial hat kaum eine Aenderung erfahren. Einem Rückgang des Devisenbestandes um 4,6 Millionen steht eine Steigerung des Goldbestandes um 4,3 Millionen gegenüber. Das Deckungsverhältnis stieg von 25,3 auf 26,5 Proz.

## Verteidigung Ostpreußens

Königsberg, 27. Mai. Das Befehrskommando I Königsberg teilt mit:

Die dauernde Bedrohung der vom Reich abgetrennten Provinz habe das Reichswehrministerium veranlaßt, ihre Verteidigungsfähigkeit im Rahmen des durch das Verfallener Diktat Erlaubten zu verbessern. Hierfür zur Verfügung gestellte Mittel wurden zur Verstärkung des sogenannten „Heilsberger Dreiecks“ benutzt, um der Abwehrkraft der Provinz ein weiteres Rückgrat zu geben. Die erforderlichen Geländeverstärkungen würden zum größten Teil an provinzielle Baufirmen vergeben werden. Daneben dürfte auch der freiwillige Arbeitsdienst eingesetzt werden. Abgesehen von dem Zweck der Geländeverstärkungen seien diese Arbeiten auch im Interesse der Arbeitsbeschaffung zu begrüßen. Das Befehrskommando fügt jedoch hinzu, daß die neuen Verstärkungen keineswegs auf eine Verstärkung der Bedrohung der Provinz zurückzuführen seien oder hindeuteten, und daß die vorwärts der Heilsberger Stellung wohnende Bevölkerung keinen Grund zu der Annahme hätten, daß sie militärisch ausgebeutet seien. An dem Grundsatz der Behauptung der ganzen Provinz Ostpreußen werde unbedingt festgehalten.

### Polnisches Wutgeheul

über Verstärkung des militärischen Schutzes in Ostpreußen  
Warschau, 27. Mai. Die letzten Beschlüsse des Außenministeriums des Reichstags sowie die Ankündigung über die Verstärkung des militärischen Schutzes in Ostpreußen haben in Polen größte Beachtung gefunden und wie gewöhnlich in solchen Fällen die polnische Presse in größte Aufregung versetzt. Zunächst beschränkten sich die polnischen Blätter darauf, die Berliner Meldungen kommentarlos zu veröffentlichen; doch aus der Ueberschrift: „Die Deutschen drohen und be-

festigen Ostpreußen — ein brutaler Beschluß des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags“ usw. geht deutlich hervor, wie erhoht man hier über diese Beschlüsse ist. Den Beschluß des auswärtigen Ausschusses bezeichnet beispielsweise das maßgebendste Regierungsblatt „Gazeta Polska“ als Wahnvorstellung und nach Meinung der nationaldemokratischen „Gazeta Warszawska“ ist es überhaupt eine Herausforderung. „ABC“ erklärt, der Beschluß stelle einen Bruch des Art. 180 des Vertrages von Versailles dar, demzufolge der Bau von Befestigungen unzulässig sei. Ueberhaupt seien die Beschlüsse nur erfolgt, um die Welt glauben zu machen, Ostpreußen sei von Polen bedroht.

### Anruhen im Korridor-Gebiet

Berlin, 27. Mai. In den letzten Tagen sind nach einer Meldung der „Börsezeitung“ aus Danzig, aus Nordpommerellen Meldungen eingetroffen, die für die verzweifelte Stimmung bezeichnend sind, die sich eines großen Teiles der Bevölkerung in Polen bemächtigt hat. So wird aus Karthaus, Neustadt und Gdingen berichtet, daß es dort zu schweren Unruhen gekommen ist, bei denen pommerellische Arbeiter, die bei der Verteilung der Arbeitslosenunterstützungsgelder zugunsten kongrepolnischer und galizischer in Schützerverbänden organisierter Arbeiter benachteiligt wurden, gegen diese mit großer Erbitterung vorgegangen sein sollen. Es sollen bei diesen Zusammenstößen in Neustadt 9 und in Gdingen 13 Todesopfer zu verzeichnen sein. Die Marine in Gdingen und das in Neustadt stationierte Militär sollen sich gewehrt haben, gegen die pommerellischen Arbeiter vorzugehen.

## Straßenkrawalle in Hamburg

Erwerbslosen-Sturm auf den „Alster-Pavillon“

Hamburg, 27. Mai. Am Mittwochabend kam es auf dem Jungfernstieg zu schweren Ausschreitungen Erwerbsloser und kommunistischer Elemente. Ein Zug von mehreren Tausend Personen, darunter auffallend viele Frauen, zog unter fortwährendem „Hunger“-Rufen durch die genannte Straße. Vor dem Alster-Pavillon ergrißen die Demonstranten Stühle und Tische und schleuderten sie gegen die großen Spiegelscheiben des am belebtesten Lokals. In das Alster der Fenster scheiben mißachteten sich die Angreifer der Gasse, die ihre Fensterlässe fluchtartig räumten. Um die Menschenmenge am Eindringen zu verhindern, nahmen vier Polizeibeamte mit gezogenen Revolvern an den Eingängen Aufstellung. Es gelang ihnen, die Angreifer solange in Schach zu halten, bis von den benachbarten Polizeiwachen drei Hilfsbereitschaften zur Stelle waren. Die Straßen wurden darauf mit dem Gummitüppel geräumt. Die Polizei nahm etwa 20 Verhaftungen vor und untersuchte auch eine Reihe von verdächtigen Personen nach Waffen.

In den Großen Bleichen wurde ein Polizeibeamter von der Menge umzingelt. Er gab in der Notwehr einen Schuß ab, durch den jedoch niemand verletzt wurde. Der Alsterpavillon wurde vorübergehend geschlossen. Auch die am Jungfernstieg gelegenen zahlreichen Geschäfte machten zu, da Plünderungen befürchtet wurden. Die Fensterlässe zweier Läden wurden ebenfalls eingeschlagen. Mehrere den Jungfernstieg passierende elegante Privatautomobile wurden von der erregten Menge angehalten und umgekippt, nachdem die Insassen die Wagen verlassen hatten. Feuerwehr richtete die beschädigten Wagen wieder auf.

Wie von Augenzeugen einmündig festgestellt werden konnte, war die ganze Aktion systematisch vorbereitet. Alles klappte wie am Schnürchen. Die ganzen Vorgänge spielten sich blitzartig ab. Um 18.45 Uhr sammelte sich die Menge, die aus allen Nebenstraßen herbeiströmte, waren. Hörtlich ertönten, wie auf Kommando, die Rufe: „Was haben die Erwerbslosen? Hunger! Hunger!“ Die Polizei hat erhöhte Streifenaktivität eingerichtet.

### Bericht über die Frage der Flottenrüstungen

Wiederum keine Einstimmigkeit.

Genf, 27. Mai. Als erster abschließender Bericht über die Flottenfrage, der von einem Redaktionsausschuß ausgearbeitet worden ist, gelangt nunmehr in der Vollziehung des Flottenausschusses zur Verhandlung. Der Bericht behandelt die geeigneten Flottenrüstungen für den Fall eines Seeangriffes. Es wird festgestellt, daß eine einstimmige Stellungnahme sämtlicher Mächte nicht erzielt worden ist.

Die deutsche Abordnung hat in dem Bericht eine grundsätzliche Erklärung aufnehmen lassen, wonach die Entwaffnungsbestimmungen des Verfallener Vertrages bereits die Antwort auf die vom Hauptausschuß der Konferenz gestellte Frage über den Angriffscharakter der Flottenrüstungen enthalten.

Für die Beibehaltung der Linienfahrer sprechen sich die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan an. Italien verlangt vollständige Abschaffung der Linienfahrer, zusammen mit den Unterseebooten; Deutschland, Sowjetrußland, Frankreich, Polen, Spanien und Finnland sowie die südamerikanischen Staaten fordern die Abschaffung der Linienfahrer über eine bestimmte Tonnage. Die Beibehaltung der Flugzeugmutterfahrer wird von den Vereinigten Staaten, England und Frankreich gefordert, während sämtliche übrigen Mächte, insbesondere Japan, die Abschaffung fordern. Die vollständige Beibehaltung der Unterseeboote wird von Frankreich gefordert, dagegen verlangen die Vereinigten Staaten, England, Sowjetrußland, Deutschland und Italien die Abschaffung der U-Boote. Eine dritte Staatengruppe, Norwegen, Schweden und Polen, verlangt die Abschaffung der großen U-Boote. Die Abschaffung der Minen wird von sämtlichen Staaten gefordert. Kreuzer u. Torpedoboote werden in dem Bericht nicht weiter behandelt, da diese Schiffskategorie auf der Konferenz nicht als Angriffswaffen angesehen werden.

### Einziehung sämtlicher Brandwaffen in die qualitative Abrüstung

Genf, 27. Mai. Im Ausschuß für die chemischen und bakteriologischen Kriegswaffen ist von einem dreigliedrigen Unterausschuß ein Verhandlungstext ausgearbeitet worden, wonach folgende Waffen als ausgebrochene Angriffswaffen sowie als Bedrohung für die Zivilbevölkerung und für die nationale Verteidigung erklärt und in die qualitative Abrüstung einbezogen werden:

### Schwere Ausschreitungen in Düsseldorf

In Düsseldorf kam es am Mittwoch zu schweren Ausschreitungen von Demonstranten, die eine ganze Anzahl von Schaufensterscheiben zertrümmerten und im benachbarten Gerresheim ein Lebensmittelgeschäft plünderten. Auch in Wuppertal kam es zu Straßen-Kundgebungen.

In den späten Abendstunden kam es in verschiedenen Stadtteilen zu neuen schweren Ausschreitungen. In der Bismarck-Straße wurden sechs Scheiben eines Hotels eingeworfen. Am Wilhelmplatz wurden die Spiegelscheiben eines Hotels und eines Zigarrengeschäfts zertrümmert. Ebenfalls wurde am Wehrbahn eine Schaufensterscheibe mit einem eisernen Papierkorb zertrümmert. In Gerresheim plünderten Demonstranten ein Lebensmittelgeschäft.

### Blutiger Zusammenstoß in Grevenbroich

Zwei Verletzte.

Grevenbroich, 27. Mai. In der Nacht zum Mittwoch kam es in Grevenbroich-Neuenhagen zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, und zwar sollen die Nationalsozialisten von den Kommunisten überfallen worden sein. Sie wurden zunächst mit Knütteln und Stöcken geschlagen. Dann fielen 7-8 Revolverkugeln. Ein Nationalsozialist wurde durch vier Weinschiffe, ein 18-jähriges Mädchen durch einen Armstich verletzt. Beide mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Mehrere Beteiligte trugen noch Verletzungen durch Stöße davon. Die Polizei hat zwei Kommunisten festgenommen; einer von ihnen soll der Anführer sein, während der zweite vermutlich der Pistolenhändler ist. Ferner wurde ein Nationalsozialist festgenommen, in dessen Besitz eine Schusswaffe gefunden wurde.

1. Sämtliche Brandwaffen,
2. alle Apparate und Substanzen, deren Bestimmung durch Feuer zerstörend wirken kann.

Ausgenommen sind jedoch diejenigen Kriegsmaterialien, die als Nebenwirkung Feuer erzeugen sowie die pyrotechnischen Waffen wie Raketen, Leuchtgranaten usw. Diese Waffengattungen sollen nicht als Angriffswaffen angesehen werden. Die Vertreter der englischen und australischen Regierung machten zu diesem Text einen Generalvorbehalt geltend, da die Stellungnahme ihrer zuständigen Ministerien noch nicht vorliegt. Der englische Vertreter warf ferner die Frage auf, ob technische Brandwaffen, die zur Verteidigung gegen Luftangriffe verwendet werden, als Angriffswaffen anzusehen seien. Der deutsche Vertreter nahm den Text an, auf dessen Grundlage jetzt die endgültige Entscheidung über den Angriffscharakter der Gas- und chemischen Waffen getroffen werden wird.



Georg Christian Fürst Doltowicz, das Todesopfer des internationalen Ausgrenzens in Berlin.

# Aus aller Welt

## Admiral von Hipper †

Berlin, 27. Mai. Der bekannte Führer der leichten Seestreitkräfte in der Schlacht am Skagerrak und spätere Chef der Hochseestreitkräfte, Admiral Ritter Franz von Hipper, ist am Mittwoch vormittag in seiner Wohnung in in Altona-Deimarschen einem Schlaganfall erlegen.

Admiral Hipper wurde 1868 in Weilheim in Oberbayern geboren und trat im Jahre 1881 als Seefadett in die Marine ein. In seiner seemannischen Laufbahn wurde er 1906 zum Kommandanten des Panzerkreuzers „Friedrich Karl“ ernannt.

Im Sommer des Jahres 1908 befehligte Hipper, der inzwischen zum Kapitän zur See befördert worden war, die „Gneisenau“ und übernahm im Herbst das Kommando der ersten Torpedodivision. 1911 wurde er zweiter Admiral der Aufklärungsflotte und nach seiner Beförderung zum Konteradmiral im Jahre 1912 übernahm er im Herbst 1913 den Oberbefehl über die Aufklärungsschiffe. Als deren Befehlshaber war er auch während des Krieges tätig und hat an der Seeschlacht am Skagerrak hervorragenden Anteil genommen. In Anerkennung seiner Verdienste wurde ihm der Orden Pour-le-merite verliehen; gleichzeitig wurde er geadelt. Im August 1918 wurde Franz von Hipper zum Admiral befördert und zum Chef der Hochseestreitkräfte ernannt. Nach dem Umsturz im November 1918 zur Verfügung gestellt, erbat er am 13. Dezember 1918 seinen Abschied.

## Bürgermeister Walker vor dem Untersuchungsausschuss der New Yorker Stadtfinanzen

New York, 27. Mai. Vor dem von Gouverneur Roosevelt zur Untersuchung der New Yorker Stadtfinanzen eingesetzten Untersuchungsausschuss begann am Mittwoch nach monatelangen Vorarbeiten die Vernehmung des Bürgermeisters Walker als Zeuge über dessen private Finanzangelegenheiten. 5000 Personen umlagerten das Gerichtsaalgebäude, um als Zuhörer Einlass zu erhalten. Es wurden jedoch nur 350 Personen zugelassen. Die polizeilichen Überwachen sind sehr streng. Hauptpunkt der Untersuchung ist Walkers Entropsteife im Jahre 1927. Er soll angeblich während seines sechsstägigen Aufenthalts in Paris 13 000 Dollar ausgegeben haben. Ferner soll Walker große Summen als „Entschädigung für politische Beratung“ angenommen haben. Das Verhör dauert voraussichtlich drei Tage. Das Ziel des Staatsanwalts Seabury, der die Untersuchung leitet, ist der Antrag auf Amtsenthebung des New Yorker Bürgermeisters.

Bürgermeister Walker verteidigte sich in schneidiger Form und wies alle Anschuldigungen zurück. Nach dem Verhör wurden ihm von den Zuhörern begeisterte Ovationen dargebracht.

Der Oberstaatsanwalt stellte fest, daß Walkers persönlicher Finanzsekretär Sherwood, der seit mehreren Monaten verschwunden ist, insgesamt 700 000 Dollar auf mehreren Konten habe, von denen einige unter falschem Namen eingetragen seien. Es gelang dem Oberstaatsanwalt jedoch nicht, den Nachweis zu erbringen, daß die Bürgermeister Walker gehören. Walker hat alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe mit großem Schneid zurückgewiesen.

## Haushaltsausschuss des Reichstages

Berlin, 27. Mai. Der Haushaltsausschuss des Reichstages erhob am Mittwoch mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten einen kommunistischen Antrag zum Beschluß, der die Reichsregierung beauftragt, gegen das vom Deutschen Städtetag aufgestellte Finanz- und Wirtschaftsprogramm eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen. Es sollen die der Reichsregierung gemachten Vorschläge auf weiteren Abbau der Arbeitslosenversicherung und der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge zurückgewiesen und nicht durchzuführen werden. Dasselbe soll für alle sonstigen Vorschläge gelten, deren Durchführung kulturelle Verschlechterungen für das werktätige Volk bedeuten würden. Ferner sind die Landesregierungen nach dem Antrag anzuweisen, ihrerseits ebenfalls die Durchführung der Vorschläge des Städtetages zurückzuweisen und sie zu unterlassen. Die entsprechenden dem Programm bereits durchgeführten Maßnahmen sollen rückgängig gemacht werden. Weiter werden Länder und Gemeinden mit dem Antrag verpflichtet, die Wohlfahrtsunterstützung allgemein mindestens in Höhe der Sätze der aufgehobenen Fürsorge nach dem Stande vom 1. Januar 1932 zu zahlen, die Sälzung von Krankenhäusern und Badeanstalten usw. zu unterlassen, und auch auf dem Gebiet des Schulwesens von einer Zusammenlegung von Schulen oder Klassen oder der Einschränkung des Lehrkörpers Abstand zu nehmen.

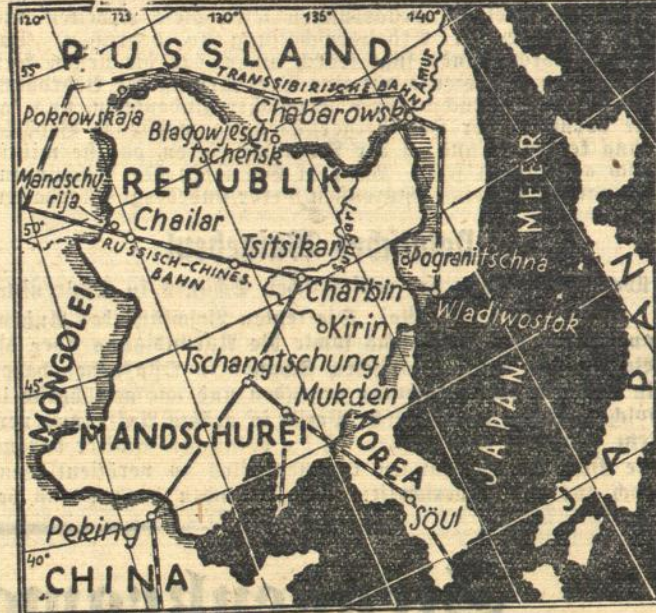
Dann folgte die Beratung eines sozialdemokratischen Initiativgesetzentwurfes über eine Goldprämienanleihe des Reiches zur Arbeitsbeschaffung. Von deutschnationaler Seite wurde auf die Bedenklichkeit einer solchen Anleihe, namentlich mit Rücksicht auf ihren Lotteriencharakter, eindringlich hingewiesen. Die Ausführungen hierzu wurden von den Regierungspartei mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei für vertraulich erklärt. Die Vertreter der Deutschnationalen bestanden sich aber ausdrücklich vor, ihre Ausführungen vor der Öffentlichkeit zu wiederholen. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, die Verhandlungen über die Auslebung einer Prämienanleihe für die Arbeitsbeschaffung seien noch nicht abgeschlossen. Ueber Einzelheiten könnten noch keine Angaben gemacht werden. Ohne Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag vertagte sich der Ausschuss dann auf Dienstag nächster Woche.

## Leberfall auf der Landstraße

Zell a. S., 23. Mai. Vorgestern nachmittag wurde auf der Heimfahrt von Offenburg nach Zell a. S. ein 17-jähriges Mädchen zwischen Fuchsbach und Biberach von einem unbekannten Mann, der ihr bereits von Offenburg aus gefolgt war, überfallen. Das Mädchen erhielt einen Streichhieb in den Rücken. Der Täter entkam unerkannt auf dem Fahrrad. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

## Das japanische Oberkommando wird nach Chharbin verlegt

Mukden, 27. Mai. Das japanische Oberkommando hat beschlossen, im Zusammenhang mit der gespannten politischen Lage in der Mandchurie sein Hauptquartier von Mukden nach Chharbin zu verlegen. Der Chef der japanischen Truppen General Honjo ist bereits Dienstag nach Chharbin abgereist.



Karte der Mandchurischen Republik, die die Japaner — wenn auch verkleinert — annektiert haben und die sie jetzt als Aufmarschgebiet gegen Sowjet-Rußland benutzen.

Chharbin, 27. Mai. Nach einer Meldung aus Tschangtschun ist ein japanischer Panzerzug auf der Strecke zwischen Mukden und Tschangtschun durch absichtliche Zerstörung der Schienen zur Entgleisung gebracht worden. Sechs japanische Soldaten wurden getötet und 17 schwer verletzt.

Schanghai, 27. Mai. General Schirokawa, der vor einigen Wochen bei dem großen Anschlag auf die japanischen Würdenträger in Schanghai schwer verletzt worden war, ist vor einigen Tagen allseits fälschlich totgemeldet worden. Der General liegt immer noch im hiesigen Militärhospital. Nach Aussage wird er aber voraussichtlich in vier Wochen das Krankenhaus verlassen können, falls keine Komplikationen mehr eintreten.

## Die erste Sitzung des neuen japanischen Kabinetts.

Tokio, 27. Mai. Das neue japanische Kabinetts trat am Donnerstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Ministerpräsident Saito erstattete Bericht über die außenpolitische Lage. Er betonte die Notwendigkeit eines weiteren Vorgehens Japans in der Mandchurie zum Schutze seiner Interessen. Ueber die Einberufung des Parlaments wurde noch kein Beschluß gefaßt.

## Badischer Landtag

### Tagesordnung für die kommende Plenarsitzung.

Karlsruhe, 27. Mai. Wie schon mitgeteilt, wird der Bad. Landtag am nächsten Mittwoch mit den Beratungen des Haushaltsplanes fortfahren und zwar beim Etat des Ministeriums des Innern mit Ausnahme der Kapitel Landwirtschaft und Ernährung. Mit zur Beratung kommen sämtliche vorliegenden Anträge und Gesuche hierzu. Zwei Kernanträge betreffen wirtschaftliche Maßnahmen und zwei sozialdemokratische leben sich für den Hausbesitz und die Ermöglichung der Beteiligung von Unterhaltungsbeihilfengängern an der West-Niedelung ein. Zur Begründung und Beantwortung gelangen mehrere förmliche Anfragen der Kommunisten über wirtschaftliche Verhältnisse der polizeilichen Beamten, über Hochwasserschäden und die proletarische Jugendbewegung in Mannheim, der Deutschnationalen über staatliche Zuschüsse für die badische Gesundheits- und Gebrechlichkeitsfürsorge, der Deutschen Volkspartei über Reichsmittel an Bayern zur Unterstützung von Gemeinden für die Wohlfahrtsunterstützung sowie des Zentrum über den Schutz des Freiburger Mittelstandes. Nach Erledigung dieser Punkte folgt dann die Beratung der Einnahme- und Ausgabeetat für Landwirtschaft und Ernährung samt einschlägigem Antrag und Gesuch und in Verbindung damit ein Gesuch der Bürger von Oberweier (bei Ettlingen) über den Anbau von Amerikanerreben.

### Unterhaltsame und genussreiche Stunden

wird Ihnen der Roman



bereiten, mit dessen Abdruck wir heute beginnen  
Es ist wirklich etwas besonderes

## Aus Baden und Nachbarstaaten

Mannheim, 27. Mai. (Großfeuer im Reime erstickt.) In dem vierstöckigen Lager der Zigarettenfabrik J. Reiß, Brunner & Schweiber G. m. b. H. in D 8, 12, brach am Montagabend Feuer aus, das leicht zu einem Großfeuer sich hätte entwickeln können, wenn es nicht rechtzeitig entdeckt worden wäre. Im Parterreraum des Lagers war vermutlich durch die Fahrlässigkeit eines Rauchers ein Stapel Packpapier in Brand geraten und hatten das ganze vierstöckige Lager völlig verqualmt. Die Berufsfeuerwehr mußte mit Rauchmasken in den Raum eindringen und löschte die brennenden Packmaterialien ab. Der entstandene Schaden ist glücklicherweise nur gering. — (Ueberfallen und beraubt.) Wie erst jetzt bekannt wird, wurde in der Nacht zum Montag der Bootshauswirt der Paddelgesellschaft Mannheim an der Begelung von Unbekannten überfallen und eines Geldbetrages von über 300 Mark beraubt. Von den Tätern fehlt bis jetzt noch jede Spur.

Ludwigshafen a. Rh., 27. Mai. (Inbetriebnahme der neuen Rheinbrücke.) Wie Vizepräsident Eifenmayer von der Reichsbahndirektion Ludwigshafen in seiner Rundfunkreportage vom Rheinbrückenbau mitteilte, wird nach Durchführung der Belastungsprobe, die für den 6. Juni vorgesehen ist, bis 15. Juni der Eisenbahnverkehr über die neue Brücke auf dem äußeren Geleise aufgenommen, der zweigleisige Bahnverkehr bis 21. Juni. Der Umbau der alten Brücke in eine den Anforderungen des Verkehrs entsprechende Straßenbrücke wird voraussichtlich bis zum Oktober vorgenommen sein. Die endgültige Inbetriebnahme des geordneten doppelten Rheinbrückenverkehrs wird dann endgültig noch im Laufe des Monats Oktober erfolgen.

Seidelberg, 27. Mai. (Ein tödlicher Unfallsfall.) Am Montag nachmittag wurde im Stadtel Rohrback der 54-jährige Schreiber Philipp Hegler von einem Kraftwagen überfahren, als er mit seinem Fahrrad die Karlsruherstraße überquerte, um ins Feld einzuweichen. Hegler erlitt schwere Kopfverletzungen und verstarb am folgenden Tage.

Bad Wimpfen, 27. Mai. (Den Vater erschlagen.) Am Montag kam es in der Familie des Adam Baldauf zu schweren Streitigkeiten, die zu Tötlichkeiten führten. Der 47-jährige Adam Baldauf, auf den Frau, Sohn und Stiefsohn mit vereinten Kräften einschlugen, ist bald darauf gestorben. Die genaue Todesursache wird jetzt durch Sezierung der Leiche ermittelt werden. Die drei Schuldigen wurden sofort verhaftet.

Enzberg bei Mühlacker, 27. Mai. (Beim Kopfbal spielen vom Auto tödlich überfahren.) Einige Knaben spielten auf der Hauptstraße nach Mühlacker Kopfbal. Als der achtfährige Sohn der Familie Christian Laub dem die Straße überquerenden Ball nachsehen wollte, wurde er von einem Auto erfasst und eine Strecke weit geschleift, so daß er mit lebensgefährlichen Verletzungen nach dem Krankenhaus Mühlacker überführt wurde, wo er in der darauffolgenden Nacht verstarb.

Freudenstadt, 27. Mai. (Kindesmord.) Hier wurde ein Mädchen verhaftet, das unter dem Verdacht des Mordes an ihrem neugeborenen Kinde steht. Die junge Mutter hat bei ihrer Vernehmung gestanden, schon vor drei Jahren in Altsfeld ein Kind geboren, getötet und in einem Garten vergraben zu haben. Die Nachforschungen an der bezeichneten Stelle förderten das Skelett des Kindes zu Tage.

Wiesbaden, 27. Mai. (Selbstmord.) Der am Mittwochabend nach Hanje kehrende Arbeiter Martin bemerkte, daß ihm Gasgeruch aus seiner Wohnung entgegenströmte. Er fand in der Küche seine 25 Jahre alte Ehefrau bemühtlos auf. Angestellte Wiederbelebungsvorläufe waren erfolglos. Die Frau hat aufstehend in einem Anfall von Schwermut den Gasbrenner geöffnet. — (Tödlicher Unfallsfall.) Der 20-jährige Kaufmann Eward Mantel besuchte am Mittwochabend seinen in der Waghäusergasse wohnenden Freund, um mit ihm Karten zu spielen. Dabei zeigte ihm dieser seinen Browning. Mantel nahm ihn in die Hand und hantierte damit. Dabei wurde der Browning entzündet, ohne daß es die beiden Freunde bemerkten. Mantel gab ihn seinem Freunde zurück, der sie nachsch. Dabei löste sich ein Schuß, der Mantel in die Brust drang und seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Heidenheim (Württemberg), 27. Mai. Zwei Erwerbslose von hier und Dettingen bauten sich im Laufe des letzten Jahres ein schmales Segelboot, das auf den Namen „Schwabenland“ getauft wurde. Nachdem in den letzten Wochen Probefahrten im Felsberger Tal die Seetüchtigkeit des Bootes bewiesen haben, treffen zur Zeit die beiden Erwerbslosen die letzten Vorbereitungen zu der großen Fahrt, die sie Anfang Juni anzutreten gedenken. Sie wollen die Donau abwärts fahren bis zum Schwarzen Meer, dann planen sie, Konstantinopel anzufahren, um von dort durch das Ägäische Meer ins Mittelmeer zu gelangen. Ueberwintern wollen sie auf Sizilien.

Hahn (Hessen), 27. Mai. (2 Brüder vom Blitz erschlagen.) Am Dienstag entlief sich über dem Hiesigen ein schweres Gewitter. Mehrere Einwohner der Ortschaft Hahn waren auf dem Felde beschäftigt, die sich beim Veranoagen des Wetters gruppenweise auf den Heimweg machten. In eine dieser Gruppen schlug der Blitz mit einer furchtbaren Gewalt. Zwei junge Männer, die Brüder Heinrich und Philipp Pütler, wurden getötet. Während der eine völlig verbrannt wurde und auf der Stelle tot war, starb der andere eine Viertelstunde darauf. Ein dritter Bruder wurde bekräftigt, kam aber nach einiger Zeit wieder zu sich. Die Getöteten waren die jüngsten von sieben Geschwistern. Die übrigen Leute, die sich in größerer Entfernung befanden, waren wie gelähmt vor Schrecken. An der Bodenstelle, wo der Blitz einschlug, befand sich ein trichterförmiges Loch, in dem bequem drei Erwachsene stehen können.

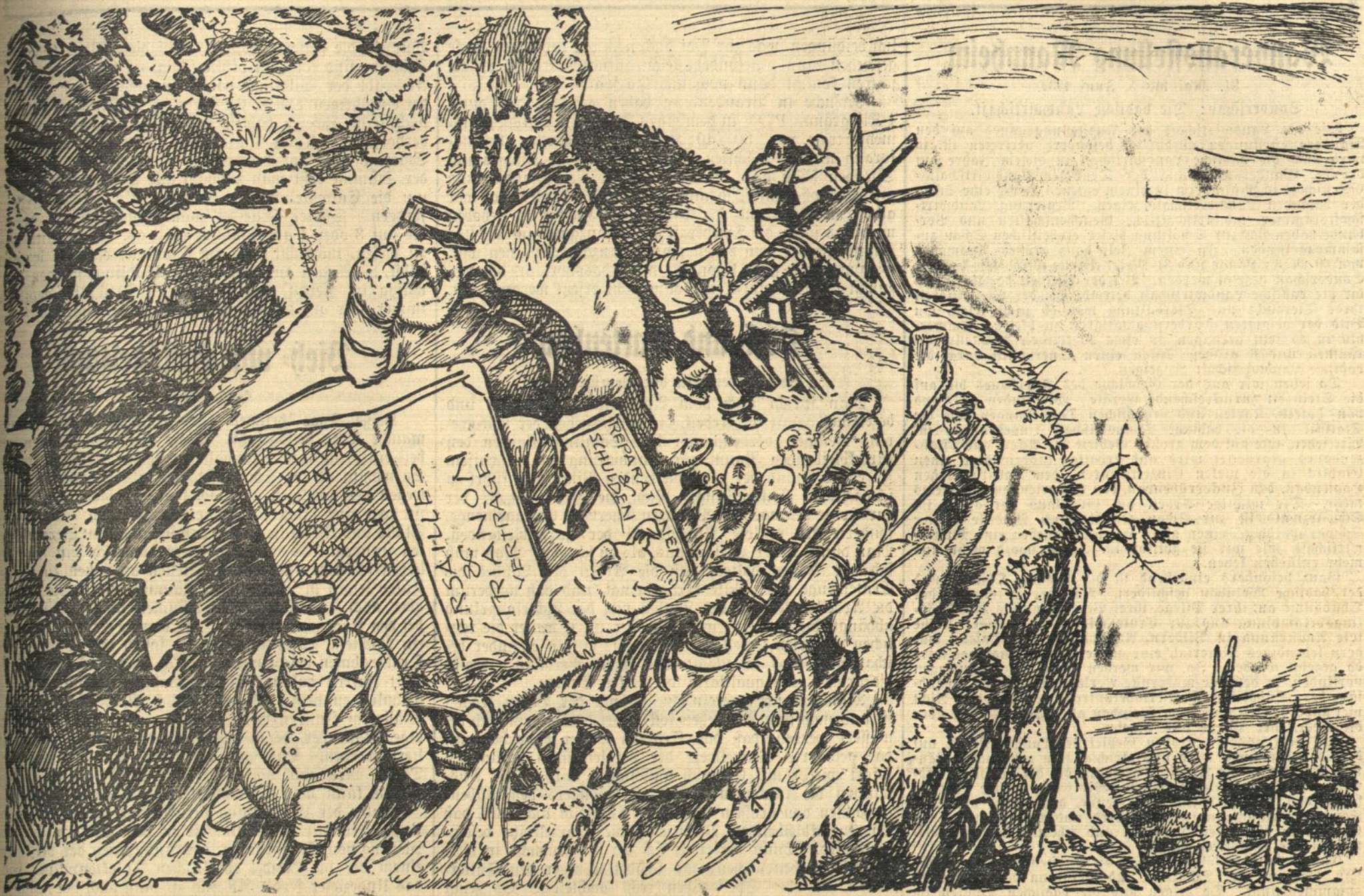
## Glückwunsch der Staatsregierung an Erzbischof Dr. Gröber

Freiburg, 27. Mai. Der Staatspräsident hat dem neuernannten Erzbischof Dr. Gröber sowie dem Erzbischöflichen Domkapitel zur Wiederbesetzung des Erzbischöflichen Stuhles die Glückwünsche der Staatsregierung ausgesprochen.

## Die neuen Bilanzvorschriften in betriebswirtschaftlicher Kritik

Ueber dieses Thema sprach am letzten Montag, auf Einladung der Handelskammer Karlsruhe Herr Prof. Dr. A. Sommerfeld von der Handelshochschule Mannheim im großen Sitzungssaale der Handelskammer. Der Vortragende, der als Hochschul- und Universitätsprofessor für Betriebswirtschaftslehre einen ausgezeichneten Ruf genießt, hat den zahlreich erschienenen Zuhörern in hoch interessanten und klaren Ausführungen manche Aufklärung und Anregung. Reichlicher Beifall, den der Präsident der Handelskammer, Herr Konrad Nicolai, in warme Worte des Dankes sammelte, belohnte den Redner.

# Wochenend-Panoptikum



## Gefährliche Fahrt

1. An eines steilen Abgrunds Rand Mit Seufzen und mit Flagen, Verflaute Böller zerren da An einem schweren Wagen.
2. Er kam vom rechten Wege ab Und ward total verfahren; Jetzt mühen sich die Böller drum Nun schon seit vielen Jahren.
3. Belastet ist er auch noch schwer Mit Schulden und mit Verträgen Und obendrauf, da sitzt ein Herr Und ist nicht zu bewegen.
4. Ja, Frankreich tut nicht einen Schritt, Die Lasten zu vermindern, Und sucht mit allen Mitteln stets Das Flottwerd'n zu verhindern.
5. Denn selber ist es wohlgenährt Und lacht über die Fretter, Ihm paßt die Not der andern grad, Denn selbst wird's täglich fetter —
6. Gott gebe, daß trotz alledem, Die andern aus nicht lassen Und dieses ganze Krempelzeug, Am End' noch laufen lassen.
7. Wohl würde Frankreich endlich wach, Doch dann, wenn es zu spät ist, Weil alles dann beim Teufel wär, Wenns auch darum nicht schäd ist.

### Falsch verstanden

Der Geistliche schreibt den Krauschein aus. Er ist des Datums nicht sicher und fragt, indem er zufällig einen Blick auf die Braut wirft: „Nicht wahr, es ist der Bierer?“ „Nein, Hochwürden,“ rief diese ärgerlich, „es ist mein zweiter!“

### Wie er es auffaßt

Gefängnisarzt: „Na, was hat Sie denn ins Gefängnis gebracht? Sie sind doch schon über Sechzig.“ „Jugendliche Unerfahrenheit, Herr Doktor!“ „Nanu — bei Ihrem Alter?“ „Bei meinem nicht, aber bei dem meines Verteidigers!“

### Das Wesentliche

Karlchen kommt atemlos zum Arzt gerannt: „Herr Doktor, bitte kommen Sie schnell zu uns, die Tür ist zugeknallt und wir können sie nicht wieder aufbekommen!“ „Da kann ich aber doch nicht helfen, mein Junge, da mußt du zu einem Schlosser gehen!“ „Ja, aber Pappas Finger ist doch dazwischen...“

### Die Auskunft

Eine Lehrerin will die Mutter einer Schülerin besuchen, die im sechsten Stock einer Mietkaserne wohnt. Am Hauseingang fragt sie einen Knaben: „Kannst du mir sagen, mein Junge, wo Frau Müller wohnt?“ „O ja, kommen Sie nur mit.“ Er steigt ihr voran die Treppen hinauf und bleibt schließlich, als sie glücklich fast unter dem Dach angelangt sind, stehen, zeigt auf eine Tür und sagt: „Da wohnt Frau Müller. Aber sie ist jetzt nicht zu Hause. Sie sitzt unten im Hof auf der Bank.“

### Rache

Das Telefonfräulein der kleinen Stadt ging in ein Geschäft. „Kaufte Schuhe.“ „Welche Nummer?“ „Siebenunddreißig!“ Der Verkäufer packte ein Paar Schuhe, Größe fünfundsiebzig, zusammen. Das Telefonfräulein verließ den Laden. Der Verkäufer sah ihr nach und lächelte: „Sie hat mir so oft eine falsche Nummer gegeben, jetzt wird sie einmal selber sehen, wie es ist, wenn man die richtige Nummer verlangt und eine falsche bekommt.“

### Zerstört

Der zerstreute Herr Professor ging in seine Garage, um seinen Wagen herauszuholen, sah zu seinem Erstaunen, daß er nicht dort stand, ging wieder auf die Straße, bestieg sein Auto und raste zur nächsten Polizeiwache. „Herr Wachmeister,“ sagte er atemlos, „mein Wagen ist gestohlen worden.“

### Su gefährlich

„Was ist denn der Herr, den du kennen gelernt hast, Irma?“ „U-Boot-Kommandant, Mutter!“ „Weißt du, das wäre mir zu gefährlich. Der kann jederzeit unter und dann bleibst du sitzen!“

### Bayerisches

Weil's gleich ist.

In der Grafinger Gegend bestand ein Sparverein des Namens „Weil's gleich ist“. Bei der Beerdigung eines Mitgliedes legte nun der Vorstand einen Kranz nieder mit den Worten: „Und so widme ich dir diesen Kranz als letzten Gruß deiner Freunde „Weil's gleich ist“.“

Ein Gutsbesitzer in der Umgebung hatte einen Chauffeur, der nicht beim Militär gedient hatte und dem daher die militärischen Umgangsformen mangelten. So redete er seinen Herrn nur immer mit „Sie Herr Major“ an. Das lachte nun der Gutsbesitzer abzusprechen und sagte eines Tages zum Chauffeur: „Sie können ruhig das „Sie“ weglassen.“ Darauf meinte der Chauffeur: „Ja mir ist es so lieber und tu mich auch leichter, wenn ich zu dir „Du“ sagen kann.“

### Humor

„Mutter, unsere Lehrerin weiß nicht einmal, was ein Pferd ist!“ „Unmöglich, Kind!“ „Doch. Ich habe heute ein Pferd gezeichnet und da hat sie mich gefragt, was das sei.“

Der empörte Mieter: „Also das Dach ist derartig in Unstand, daß es mir ständig auf den Kopf regnet. Wie lange soll denn das noch dauern?“ Hauswirt: „Bin ich ein Wetterprophet?“

„Das Kleid ist ja ganz schön; aber es paßt doch gar nicht zu meinem Teint.“

„Na, da nimmt doch einfach einen andern Teint!“

„Kommen Gnädigste morgen wieder zum Schwimmen?“ „Das weiß ich noch nicht.“ „Könnten wir uns nicht verabreden?“ „Ich habe nichts dagegen.“ „Darf ich Sie vielleicht anrufen?“ „Meinetwegen.“ „Welche Nummer haben Sie denn?“ „Die steht ja im Telefonbuch.“ „Aber wie helfen Sie denn?“ „Steht doch auch drin.“

„Meine neue Gnädige ist eine Optimistin.“ „Wieso?“ „Sie hat mit mir den Speisezettel für den nächsten Monat besprochen.“

„Bati, was ist ein Echo?“ „Ein Echo ist die einzige Gelegenheit, bei der die Frauen mal nicht das letzte Wort haben.“

„Ihr Zustand ist nicht unbedenklich, Sie dürfen das nächste Vierteljahr keine Kopfarbeit verrichten.“ „Aber wovon soll ich denn da leben, Herr Doktor?“ „Was sind Sie denn?“ „Friseur.“

„Laufbursche willst du bei uns werden. Kennst du denn Berlin?“ „Nein, aber ich werde es schon finden.“

„Ich weiß bestimmt, daß meine Gedichte mich überleben werden.“ „Aber warum denn nur, Herr Maier, wollen Sie schon sterben? So schnell gibt man doch die Hoffnung nicht auf.“

„Habt ihr vor eurer Hochzeit auch noch einen Polterabend gefeiert?“ „Nein, bei uns kamen die Polterabende erst nach der Hochzeit!“

„Na, schreit dein kleiner Junge noch so viel des Nachts?“ „Nein, die Nächte sind ja jetzt kürzer.“